

Wie viele Studenten plädieren für Gewaltaktionen?

Kritische Bilanz am Ende des Wintersemesters

Man kann das Wintersemester, das heute zu Ende geht, nicht turbulent nennen, wenn auch das Hin und Her um den Philosophenturm diesen Eindruck erwecken sollte. Aber die Stimmung ist so düster wie am Vorabend einer Kriegserklärung, und es hat so deutlich an der Universität rumort, daß kaum ein milder Sommer zu erhoffen ist, falls sich Studenten, Professoren, Politiker und Behörden nicht entgegenkommen.

Alle Seiten sind nervös, gereizt und bereit, sich durch immer schärfere Forderungen und Maßnahmen zu übertrumpfen. Das gilt für die Studenten, die ihre Mitbestimmung schon über die noch nicht einmal eingeführte Drittelparität hinaus ausdehnen wollen, und das gilt für jene Politiker, die kriminelle Delikte wie Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung als Terror und Umsturzdrohung qualifizieren.

Es ist an der Zeit, daß die Gegner Bilanz ziehen und sich auf ihre wesentlichen Ziele und Standpunkte besinnen. Die Studenten wenden sich gegen Vorbeugehaft, Stipendienentzug, aber auch gegen das neue Hochschulgesetz, das die Bürgerschaft im April verabschieden will.

Sie werten es als „Alibi der Reformfreudigkeit“. Ihre Kritik richtet sich dagegen, daß die „Macht der Ordinarien“ nicht gebrochen werde und daß man versuche, die Studenten durch gehäufte Prüfungen, Kurzstudium, einspurige Ausbildung und scharfes Ordnungsrecht zu disziplinieren.

Die Reform beginnt erst

Diese Kritik äußert sich in Demonstrationen, die, wie die beiden Umzüge im Februar zeigen, friedlich angelegt sind und auch so verlaufen. Das Recht der Demonstration wird den Studenten nicht bestritten. Senat und Bürgerschaft haben zudem erkennen lassen, daß sie das neue Hochschulgesetz nicht als Ende, sondern als Anfang einer stetigen Reform der Universität betrachten.

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung steht die Frage der Anwendung von Gewalt, die sich in Institutsbesetzungen und im Aufbrechen von Aktenschranken und Türen zu den Räumen der Professoren äußert. Mit dieser Gewalt wollen Studenten ihre Selbstorganisation des Studiums durchsetzen.

Der Senat fordert Gewaltverzicht, wenn der Philosophenturm geöffnet werden soll; die Studenten verlangen

erst die Garantie, daß ihr selbstorganisiertes Studium in das Lehrprogramm des Sommersemesters aufgenommen wird.

Eine kleine Minderheit unter den Studenten will Türen und Schränke aufbrechen, wenn diese Gewaltanwendung zuvor diskutiert und beschlossen worden ist. Ein solcher Beschluß liegt für künftige Besetzungen nicht vor, und auch für die Gewaltaktionen im Psychologischen Institut ist die Voraussetzung des Beschlusses nicht erfüllt.

Mißfallen der Mehrheit

Die Vollversammlung der Philosophischen Fakultät stimmte zwar für die exemplarische Besetzung des Psychologischen Instituts. Bei der Abstimmung waren von den zunächst erschienenen knapp 600 Teilnehmern nur noch 100 übriggeblieben, von denen nicht alle immatrikuliert waren. Psychologie hatten aber im Winter mehr als 600 Studenten belegt. Das Aufbrechen der Türen und Aktenschranken wurde jedoch später, wenn auch nicht formell, mißbilligt, weil keine Diskussion vorangegangen war.

Mit 1634 gegen 1167 Stimmen entschied sich die Vollversammlung der Studenten einen Tag darauf für die Besetzung des Psychologischen Instituts: Vom Aufbrechen der Schränke und Türen war in der Resolution nicht die Rede.

Zum erstenmal in Deutschland hatten sich mehr als 1000 Studenten gegen die Besetzung eines Instituts ausgesprochen. In allen Teach-ins der zweiten Semesterhälfte ernteten die Sprecher, die für Gewalt plädierten (gegen Schränke und Türen), das Mißfallen einer überwältigenden Mehrheit.

Das ist die Lage, in der die linksorientierte Mehrheit im Studentenparlament und der von ihr getragene AStA den Gewaltverzicht ablehnen mit der Begründung, sie dürften nicht in die Kompetenz der Fachschaften eingreifen. Tatsächlich kann sich der AStA weder in der einen noch in der anderen Richtung äußern, weil er in dieser Hinsicht in der Luft hängt und das weiß.

Im Studentenparlament beantragten unlängst zwei Abgeordnete eine Urabstimmung in der Philosophischen Fakultät über die Gewaltanwendung. Der Antrag fiel durch. Die ablehnende Mehrheit meinte, ohne breite Diskussion und Information sei eine derartige Urabstimmung undemokratisch. Es fiel das

Wort vom mündigen gleich informierten Studenten.

Beim nächsten Teach-in fragte jemand, wer denn nun entscheide, wann ein Student mündig sei. Der AStA-Vertreter wich aus: Man könne nur Informationen geben und Versammlungen abhalten. Es scheint, als wolle der AStA selbst die Studenten bevormunden, indem er nach Gutdünken den Zeitpunkt einer Urabstimmung festlegt.

Sollte er nicht den Mut aufbringen, über die Methode der Gewalt abstimmen zu lassen? Diese Frage geht jeden Studenten an, jeder Student kann sie von sich aus beantworten. Es ist nicht zu verantworten, daß hier nur die Studenten mit dem besten Sitzfleisch mitreden können. Oder sind nur sie in dem gewünschten Sinne mündig?

Warum der AStA eine solche Urabstimmung fürchtet und verhindern will, ist klar: In der Studentenschaft wird sich kaum eine Mehrheit für die Besetzung von Instituten, geschweige denn das Aufbrechen von Aktenschranken finden, zumal das Ziel dieser Aktionen nur sehr verschwommen deklariert werden kann.

Denn es ist sehr zu bezweifeln, ob die selbstorganisierte Wissenschaft den Erfolg gehabt hat, den man mit Zähnen und Klauen verteidigen will. Das Psychologische Institut war vier Werktage besetzt. Nach dem minuziösen Protokoll der AStA-offiziellen Zeitung „unilife“ standen zwei der gegründeten Arbeitskreise auf dem Papier, die übrigen fünf tagten höchstens zwei- bis dreimal.

Welches überwältigende Ergebnis soll da erreicht worden sein, das die Anpassung des allgemeinen Lehrbetriebs im Sommer erzwingt? Bisher wurde der Erfolg des Experiments nur behauptet, aber nicht substantiiert.

Studium mit Übernachtung?

Die Initiatoren würden sich nichts vergeben, setzten sie den Versuch unter den kritischen Augen andersdenkender Beobachter — auch Studenten — fort, ein ganzes Semester lang und innerhalb des Mentorenprogramms und der Kritischen Universität, wie es der Rektor anbietet. Bisher waren höchstens 100 Studenten und Gäste beteiligt, die unter sich blieben. Scheut man die Öffentlichkeit?

Es ist auch nicht recht einzusehen, daß man beim selbstorganisierten Studium in seinem Institut übernachten und die Wände mit Sprüchen bekritzeln muß. Es gibt da eine treffende Volkswisheit über Narrenhände, die dergleichen verrichten. Ein wirklich unabhängiger Intellekt, den

Freitag, 14. Februar 1969

Hamburger
Abendblatt

14. 2. 69

die Organisatoren für sich beanspruchen, bedarf solcher Kindereien nicht.

Andererseits war die Schließung des Philosophenturms nicht gerade glücklich. Selbst „Besatzer“ aus der Studentenschaft meinten, das Experiment würde spätestens mit dem Beginn der Ferien mangels Beteiligung entschlafen sein.

Es ist auch bekannt, daß Institute nur besetzt, Schränke nur dann aufgebrochen werden, wenn die Studenten vorher darüber diskutiert und abgestimmt haben. Die Innenbehörde hätte also von der nächsten Besetzung rechtzeitig erfahren und sich vorbereiten können. Nun ist der Turm mehr als 3000 Studenten versperrt, deren Unzufriedenheit mit der Hochschulpolitik in Hamburg sich dadurch verstärken muß.

Nur Außenseiter reden davon

Da in den Ferien keine Versammlungen der Fakultäten und Institute stattfinden, über eine weitere Besetzung also nicht entschieden werden kann, steht einer Freizuge des Philosophenturms nichts im Wege. Der Senat hat den Gewaltverzicht gefordert, weil die Gewalt durch Besetzung eines zweiten oder dritten Instituts drohte. Diese Drohung besteht in den Ferien nicht mehr.

Sollte sich trotzdem eine kleine Gruppe zu einer solchen Besetzung entschließen, dürften die Okkupanten zu Beginn des Sommersemesters bei der Studentenschaft sehr ins Hintertreffen geraten. Mit einer nachträglichen Billigung wäre kaum zu rechnen.

In der Bürgerschaft haben am Mittwoch einige Abgeordnete darauf hingewiesen, daß von einer radikalen Minderheit der Studenten der Umsturz unserer demokratischen Ordnung geplant werde. Gewiß ist der Umsturz in manchen Verbänden liebstes Gesprächsthema, aber nur Außenseiter reden davon, die nie erwarten dürfen, daß die Studentenschaft sich ihnen anschließt.

Auf die Rebellions-Abhandlungen eines Reinhold Oberiercher, des Schelms am Hofe des SDS, der in den eigenen Reihen als Revolutionsneurotiker angesehen wird, brauchte ein Bürgerschaftsabgeordneter wohl nicht einzugehen.

Dringend notwendig sind Kontakte zwischen den reformfreudigen Studenten, Professoren und Politikern. Wenn Reformen nicht auf Eis gelegt werden, sondern sich erkennbar anbahnen, sollten von selbst Ruhe und Ordnung einkehren. **Jürgen Weitzel**